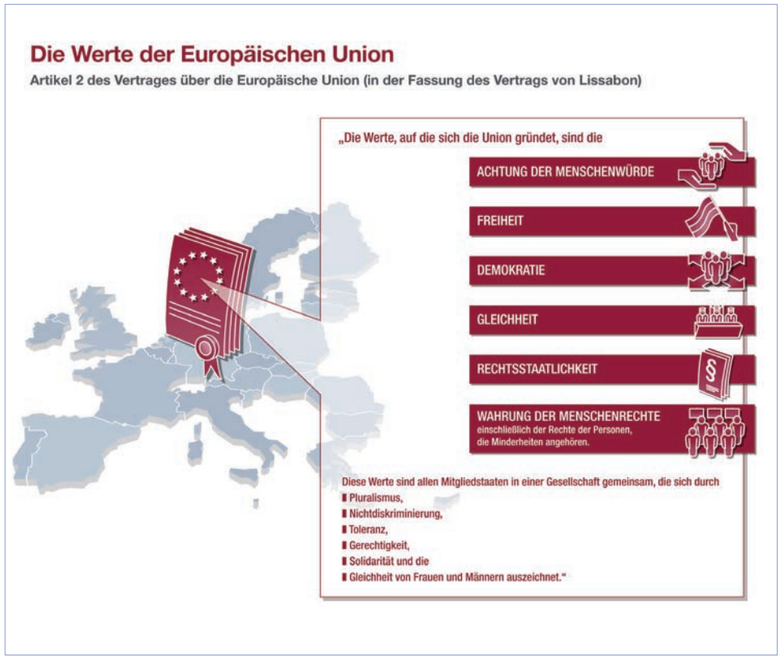
2 Europa und die Flüchtlinge

In diesem Modul gerät zunächst Europa als Wertegemeinschaft in den Blick, wie sie in den europäischen Verträgen (z.B. im Lissabonner Vertrag) zum Ausdruck kommt. Es wird der Frage nachgegangen, in welcher Weise die Europäische Union ihrem Anspruch auf Achtung und Wahrung der Menschenrechte bei der Behandlung von Flüchtlingen gerecht wird. Dazu werden die Gründe für die Diskrepanz zwischen dem öffentlichen Bekenntnis zu Europas humanitären Werten und der aktuellen Flüchtlingspolitik dargestellt und unterschiedliche Positionen zur europäischen Flüchtlingspolitik vorgestellt.

„Europa hat eine identitätsstiftende Quelle- einen im Wesen zeitlosen Wertekanon, der uns auf doppelte Weise verbindet, als Bekenntnis und als Programm“.
(Bundespräsident Joachim Gauck: “Rede zur Perspektive der europäischen Idee“ am 22.2.2013)

Ausführliche Darstellung der Grundrechte und Grundfreiheiten in der **„Grundrechtscharta der Europäischen Union“**



Bundeszentrale für politische Bildung, Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

2012 erhält die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Das Nobelpreis-Komitee in Oslo begründet seine Entscheidung damit, dass die EU über 6 Jahrzehnte entscheidend zur Entwicklung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa beigetragen habe. José Manuel Durao Barroso, Präsident der europäischen Kommission, hält im Dezember 2012 folgende Rede:

Dankesrede zur Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union 2012 (Auszug)

Unser europäisches Einigungsprojekt ist noch unvollendet; es bedarf ständiger und sorgfältiger Weiterentwicklung. es ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zu höheren Zielen. In vieler Hinsicht bringt es das Streben nach einer kosmopolitischen Ordnung zum Ausdruck, in der Vorteile für den einen nicht zwangsläufig zu Lasten eines anderen gehen, in der Normen dem Schutz universeller Werte dienen.

Deshalb kann die europäische Union trotz der Unvollkommenheit starkes Vorbild für viele in der Welt sein und ist dies auch. Denn die Herausforderungen, die sich den verschiedenen Regionen stellen, mögen von unterschiedlicher Größenordnung sein, in der Sache unterscheiden sie sich aber nicht.

Wir leben alle auf dem gleichen Planeten. Armut, organisiertes Verbrechen, Terrorismus, Klimawandel kennen keine Landesgrenzen. Wir haben die gleichen Ziele und universellen Werte: Sie gewinnen in immer mehr Ländern der Welt an Boden. Wir teilen „l’irréductible humain“, die irreduzible Einzigartigkeit des Menschen. Wir alle sind nicht nur Teil unseres Landes, unseres Kontinents, sondern Teil der Menschheit.

Das konkrete Engagement der europäischen Union für das Geschehen in der Welt ist nachhaltig geprägt von den tragischen Erfahrungen unseres Kontinents mit extremem Nationalismus, mit Krieg und dem furchtbaren Unheil der Shoah. Es wird von unserem Wunsch getragen, in Zukunft diese Fehler zu vermeiden.

Dies ist das Fundament unseres multilateralen Ansatzes im Hinblick auf eine Globalisierung, die auf den beiden miteinander verbundenen Prinzipien der weltweiten Solidarität und weltweiten Verantwortung beruht.

Dies liegt den Beziehungen zu unseren Nachbarländern und internationalen Partnern vom nahen Osten bis Asien, von Afrika bis Amerika zugrunde; dies bestimmt unsere Haltung zur Todesstrafe und unsere Unterstützung der internationalen Gerichtsbarkeit, die vom internationalen Gerichtshof und internationalen Strafgerichtshof verkörpert wird; dies begründet unsere Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel und für Ernährungs- und Energiesicherheit; es ist das Fundament, auf dem unsere Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik ruht.

Als Kontinent, der nach den Zerstörungen des Krieges zu einem der stärksten Wirtschaftsräume der Welt wurde, die fortschrittlichsten Sozialsysteme besitzt und einer der größten Geldgeber der Welt ist, haben wir eine besondere Verantwortung für Millionen von Menschen in Not.

Als Gemeinschaft von Ländern, die den Krieg und Totalitarismus überwunden haben, werden wir stets auf der Seite derjenigen stehen, die nach Frieden und Menschenwürde streben.

Lassen Sie mich hier heute sagen: Die derzeitige Lage in Syrien ist ein Makel für das Weltgewissen. Die Weltgemeinschaft hat die moralische Pflicht, etwas zu tun.

Da wir heute den internationalen Tag der Menschenrechte begehen, gelten unsere Gedanken ganz besonders den Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens für die Menschenrechte eintreten. Auch Gefängnismauern können nicht verhindern, dass wir ihre Stimmen hören. Wir hören sie heute in diesem Saal.

José Manuel Durao Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, „Dankesrede zur Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union 2012“

Der Friedensnobelpreis ist eine Auszeichnung für besondere Verdienste in der Friedensarbeit. Er wurde vom schwedischen Erfinder und Industriellen **Alfred Nobel** gestiftet. Diese Auszeichnung wird seit 1901 jedes Jahr am Todestag Alfred Nobels, dem 10. Dezember, in Oslo verliehen. Die Auszeichnung kann an Organisationen oder Personen gehen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) wurde bereits dreimal (1917, 1944 und 1963) und das Büro des Hohen UN-Kommissars für Flüchtlinge zweimal (1954 und 1981) Preisträger.

Zur Situation der Flüchtlinge in Europa

© photocase.de / jala

Drohende Dublin-Abschiebung für Überlebende von Bootskatastrophe

Der syrische Palästinenser Imad Iddin Kalash flüchtet wie Tausende seiner Landsleute vor dem Bürgerkrieg in Syrien nach Libyen. Die verheerende Sicherheitslage dort zwingt ihn jedoch dazu, auch Libyen zu verlassen: Er versucht, übers Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Seine Schwester und er überleben dabei nur knapp die Bootskatastrophe vor Lampedusa am 11.Oktober 2013. Über 200 Menschen kommen bei dem Drama ums Leben, darunter auch zahlreiche Familienangehörige der Geschwister. Nach ihrer Rettung werden beide nach Malta gebracht. Aufgrund der menschenunwürdigen Lebensbedingungen für Schutzsuchende dort fliehen sie aber schon bald weiter nach Deutschland und stellen einen Asylantrag. Dieser wird jedoch im Februar 2014 auf Grundlage der Dublin-Verordnung als unzulässig abgelehnt und die Abschiebung von Imad Kalash und seiner Schwester nach Malta angeordnet. Die hiergegen eingelegten Rechtsmittel sind erfolglos. Für Imad Kalash ist allein die Vorstellung, nach Malta abgeschoben und dort mit größter Wahrscheinlichkeit inhaftiert zu werden, unerträglich. Seit den dramatischen Erlebnissen auf seiner Flucht leidet er unter schweren gesundheitlichen und psychischen Problemen.
Erst auf Intervention von PRO ASYL hin kann die Abschiebung von Imad Iddin Kalash und seiner Schwester nach Malta gestoppt werden. Das Asylverfahren der Geschwister wird nun in Deutschland durchgeführt.

Flucht braucht Wege, Pro Asyl, September 2014

Trägt Europa die Hauptlast? (Auszug)

Europa ist ein reicher Kontinent. Aber immer wieder wird behauptet, Flüchtlinge gefährdeten diesen Reichtum. Europa würde eine zu große Last tragen.
Die Zahlen zeigen etwas anderes. Zum Beispiel die zu den aus Syrien Geflüchteten. Durch den Krieg dort wurden 2,8 Millionen Menschen zu Flüchtlingen, 6,5 Millionen wurden innerhalb Syriens vertrieben. Laut UNHCR haben allerdings nur vier Prozent der Geflüchteten Zuflucht in Europa gesucht.

Nach aktuellen Statistiken des UNHCR befinden sich im Moment mehr als 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Zum

ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg sind es so viele. Bei 33,3 Millionen handelt es sich um Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb ihrer eigenen Länder auf der Flucht sind.
Mehr als 80 Prozent aller Flüchtlinge bleiben in der Region oder in den Nachbarstaaten ihrer Heimat. Und 80 Prozent der Flüchtlinge werden von den Ländern des globalen Südens aufgenommen.
Tut Deutschland mehr für Geflüchtete als die anderen EU-Staaten?
Innenminister Thomas de Maizière (CDU) klagt, in der EU verteile sich die große Mehrheit der Asylbewerber auf Deutschland und drei, vier weitere Staaten. Tatsächlich haben im Jahr 2013 ein Drittel aller Flüchtlinge, die in den 28 EU-Staaten um Asyl baten, dies in Deutschland getan.
Doch das allein ist wenig aussagekräftig. Denn betrachtet man das Verhältnis der Asylbewerberzahlen zu den Einwohnerzahlen im europäischen Vergleich, relativiert sich die Zahl. Setzt man die Zahl also in Relation zur Größe der Bevölkerung. Laut Eurostat werden in Ländern wie Schweden (5,7 Asylanträge pro 1000 Einwohner), Österreich (2) oder Ungarn (1,9) relativ gesehen mehr Asylanträge als in Deutschland (1,5) gestellt. Selbst in der Schweiz sind es laut UNHCR mehr als in der Bundesrepublik.
Die Unterschiede gibt es vor allem deshalb, weil es in Europa im Moment kein System gibt, mit dem die Geflüchteten nach festen Schlüsseln auf die einzelnen Ländern verteilt werden, so wie das etwa bei den deutschen Bundesländern der Fall ist. Das Land, in dem ein Geflüchteter zuerst europäischen Boden betritt, ist eigentlich auch zuständig für ihn. Griechenland inhaftiert auch deshalb Tausende Geflüchtete als illegal. Diese bekommen überhaupt keine Chance, einen Asylantrag zu stellen. Diskutiert werden daher seit langem feste Kontingente innerhalb der EU. Dabei könnten neben der Bevölkerungsgröße auch Wirtschaftskraft, Fläche oder Arbeitslosenquote berücksichtigt werden.

Sebastian Gierke, „Zahlen gegen Vorurteile“, Süddeutsche Zeitung (sz.de), 21.1.2015

Das Thema Flüchtlingspolitik wird in der öffentlichen Debatte sehr kontrovers diskutiert. In den folgenden Texten werden unterschiedliche Positionen deutlich:

Thesen zu Europas Flüchtlingspolitik

1) Europa will sich den größten Teil der Flüchtlinge vom Leibe halten. Jahrhundertelang gab es Emigration aus Europa. Heute droht der Kontinent aufgrund gesunkener Geburtenraten zu vergreisen. Immer weniger Berufstätigen stehen immer mehr Rentner gegenüber. Deutschland beklagt mangelnde Fachkräfte und unbesetzte Ausbildungsstellen. Trotzdem stand die europäische Flüchtlingspolitik lange im Zeichen der Abschottung. Erst in letzter Zeit entwickelt sich daneben in den reicheren EU- Staaten auch eine andere Tendenz: Der Zuzug von anderen Erdteilen soll dann selektiv zugelassen und gefördert werden, wenn er aus passgenau qualifizierten Arbeitskräften besteht. Ansonsten bleibt die Zuwanderung begrenzt und Europa die „Festung“, die ungebetene Flüchtlinge abweist. Das Schengener Abkommen von 1995, das innerhalb Europas die Grenzen niederriss, befestigte sie nach außen. So ist das „Flüchtlingsproblem“ bis heute in erster Linie ein Problem der militärischen Grenzsicherung geblieben, von Frontex bis Triton.

2) Die Abwehr der Flüchtlinge wird so weit wie möglich nach außen verlagert. Seit 2003 gilt in der EU „Dublin II“, seit 2013 „Dublin III“. Kommen die Flüchtlinge ohne Visum, ist für ihren Asylantrag das Land zuständig, über das sie „einreisen“. Mit der Konsequenz, dass sie dorthin zurückgeschickt werden können, wenn sie in einem anderen europäischen Land auftauchen. Dies verlagert die Verantwortung für die meisten Flüchtlinge von der europäischen Mitte an die Peripherie (Polen, Ungarn, Griechenland, Italien, Spanien, Malta). So ungerecht dieses System gegenüber Süd- und Osteuropa ist, so unmenschlich ist es gegenüber den Flüchtlingen. EU-Staaten wie Malta, Bulgarien und Ungarn inhaftieren systematisch bei ihnen ankommende Flüchtlinge. In Italien oder Griechenland leben sie oft als Obdachlose auf der Straße, in Parks oder Abbruchhäusern. Sie müssen betteln und sind schutzlos Gewalt und rassistischen Angriffen ausgesetzt. Die EU versucht, das Problem noch weiter nach außen zu verlagern: Afrikanischen „Drittstaaten“ wird Wirtschaftshilfe zugesagt, wenn sie schon im Vorfeld die Flucht nach Europa unterbinden. Dadurch ersparen es sich vor allem die Länder in der europäischen Mitte, mit den „Kollateralschäden“ dieser Flüchtlingspolitik konfrontiert zu werden. Und somit auch das Mit-Leiden, das sich am Schicksal konkreter Menschen festmacht.

Globaler Süden: Darunter wird die Ländergruppe der Entwicklungs-und Schwellenländer verstanden.

Zur Frage **„Tut Deutschland mehr für Geflüchtete als die anderen EU-Staaten“:** Vgl. Modul 1 die Statistik über die größten Aufnahmeländer

Schengener Abkommen, Frontex, Triton: siehe Glossar

Das ursprüngliche Abkommen, welches die Zuständigkeit der Länder bei Asylverfahren geregelt hat, wurde 1990 in Dublin beschlossen, deswegen nun **„Dublin II“** und **„Dublin III“**. **Dublin-Abkommen:** siehe Glossar

3) Man hätte erwarten können, dass die Toten von Lampedusa eine Änderung dieser Politik erzwingen. Und in der Tat: Im Oktober 2013 beschloss die italienische Regierung die Aktion „Mare Nostrum“, mit der die italienische Marine im Laufe eines Jahres über 150 000 Schiffbrüchige aus dem Mittelmeer rettete. Aber hinter der Aktion stand nur Italien. Nachdem es die anderen europäischen Länder vergeblich gebeten hatte, sich an der Aktion zu beteiligen, wurde sie im Oktober 2014 beendet. Seitdem läuft die Operation „Triton“ der EU-Agentur Frontex. Ihre Priorität ist nicht die Rettung von Menschenleben, sondern die „Überwachung der EU-Außengrenze“, die „auch“ über ein paar Kapazitäten zur Seenotrettung verfügt. Da ihr Einsatzgebiet 138 Seemeilen vor der italienischen Küste endet und erheblich weniger Mittel zur Verfügung stehen, wird die Flucht über das Mittelmeer wieder zum tödlichen Hazardspiel.

4) Europäische Placebos. Man versichert, man müsse das Elend der Flüchtlinge an ihrer Wurzel, d. h. im jeweiligen Herkunftsland bekämpfen. So richtig dies langfristig ist, so wenig hilft es denen, die sich heute zur Flucht entschließen. So lange „Hilfe im Herkunftsland“ ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft ist, hängt es der Abweisung von Flüchtlingen nur ein moralisches Mäntelchen um. Ein weiteres Placebo ist der „Kampf gegen kriminelle Schlepper“. Wenn man ihnen das Handwerk lege, so wird suggeriert, ende auch das Sterben an den europäischen Grenzen. Aber so widerwärtig das Treiben dieser Schlepper oft ist, so irreführend ist es, in ihnen den Grund des „Flüchtlingsproblems“ zu sehen. Dessen Ursachen sind das Elend in den Herkunftsländern und eine Abschottungspolitik, die den Zugang nach Europa versperrt. Wie überall, wo es eine Nachfrage nach illegalen Gütern gibt, gedeihen die Geschäfte der Dealer und Schlepper. Sie sind die Wirkung, nicht die Ursache.

5) Dublin am Ende? Die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge steigt deutlich an. Gleichzeitig erweist sich das Dublin-Verfahren, das die Zuständigkeit für die Asylanträge den Erstaufnahmeländern zuweist, als zunehmend funktionsunfähig. Bereits seit Jahren werden keine Abschiebungen mehr nach Griechenland vorgenommen, weil dort das europäische Flüchtlingsrecht eklatant verletzt wird. Im vergangenen Jahr verbot der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auch eine Abschiebung von Familien mit minderjährigen Kindern nach Italien, wenn die dortigen Behörden deren Unterbringung und Versorgung nicht ausdrücklich gewährleisten. Für Ungarn, Bulgarien, Rumänien oder Malta gibt es gerichtliche Einzelfallentscheidungen, die eine Abschiebung dorthin wegen drohender Menschenrechtsverletzungen verbieten. Hunderte von Kirchenasylen, Blockaden und Protesten zeugen davon, dass auch in den europäischen „Zivilgesellschaften“ die Abschiebung von Flüchtlingen in andere europäische Länder auf Widerstand stößt, wenn dort keine menschenwürdige Aufnahme gewährleistet ist.
Auch die Randstaaten Europas wehren sich. Immer häufiger lässt z. B. Italien, an dessen Küsten jährlich Hunderttausende von Flüchtlingen ankommen, sie ohne Prüfung in andere europäische Länder weiterreisen. Deutschland fordert inzwischen, die neu ankommenden Asylsuchenden „gerechter“ auf die europäischen Länder zu verteilen, der UN-Flüchtlingskommissar befürwortet eine Quotenregelung.

6) Zumindest in Deutschland beginnt ein Teil der politisch Verantwortlichen zu entdecken, dass die bei uns angekommenen Flüchtlinge nicht nur eine Last, sondern angesichts des demografischen Wandels auch eine Chance darstellen. Die Anstöße kommen aus der Wirtschaft, die immer nachdrücklicher darauf hinweist, dass die bei uns lebenden Asylsuchenden auch für sie einen noch ungehobenen Schatz darstellen. Im Herbst 2014 senkte die Bundesregierung das strikte Arbeitsverbot für Asylsuchende auf 3 Monate. Die Bundesagentur für Arbeit rief ein Pilotprojekt „Early Intervention“ ins Leben, das Flüchtlinge, die über eine berufliche Qualifikation verfügen und eine Chance zur Anerkennung haben, schon von Beginn an qualifizieren und dem Arbeitsmarkt zuführen soll. Parallel hierzu werden neue Maßnahmen für eine effektivere Abwehr von Flüchtlingen ersonnen: Schlepper-Boote sollen schon an der libyschen Küste zerstört, präventive Kontrollen noch tiefer nach Afrika hineinverlegt werden. Beides existiert gegenwärtig nebeneinander: dort die andauernde Abschottungspolitik mit ihren „Kollateralschäden“, hier eine Willkommenskultur, die in den Flüchtlingen nicht nur das Objekt humanitärer Empathie, sondern auch die Zukunftschance für uns selbst entdeckt, die es zu integrieren und zu qualifizieren gilt.

Hartwig Heine, Lisa Palm, Kai Weber, „Thesen zu Europas Flüchtlingspolitik“ ,Folder zur szenischen Lesung „Ein Morgen vor Lampedusa“

© Archivio Storico Lampedusa / Fabio Giovannetti

Zur Absicht dieses Materialheftes gehört es, über unterschiedliche Positionen zu informieren, auch über solche, die von den Autoren nicht geteilt werden. Hier ein Text von Roger Köppel aus dem Schweizer Wochenmagazin „Die Weltwoche“:

Moralische Pflicht (Auszug)

Unter Eindruck der Flüchtlingstragödie wird eine weitere Öffnung der Grenzen gefordert. Falsch. Wir müssen den Todeskanal im Mittelmeer abriegeln. So retten wir Leben und handeln ethisch.
Letzte Woche starben im Mittelmeer wieder über tausend Flüchtlinge. Die Migrationsströme reißen nicht ab. Sie schwellen an. Afrika hat über eine Milliarde Einwohner, in Europa leben 733 Millionen Menschen. Der demografische Überdruck im Süden bricht sich gegen den wohlhabenden Norden Bahn. Im Jahr 2050, schätzt die Uno, werden zwei Milliarden überwiegend junge Afrikaner rund 691 Millionen alternden Europäern gegenüberstehen. Die Antwort unserer Politiker lautet, dass wir immer noch mehr Flüchtlinge aufnehmen sollen. Das freundliche Angebot wird die Nachfrage weiter verstärken.
Die europäische Südgrenze ist offen wie ein Scheunentor. Die Festung Europa gibt es nicht. Im letzten Jahr landeten 220 000 illegale Migranten an der italienischen Küste an. In diesem Jahr rechnet allein Deutschland mit einer Verdoppelung der Asylgesuche auf 500 000. Niemand fühlt sich verantwortlich für den verfassungsmäßig verankerten Schutz der Außengrenzen. Die Italiener wissen, dass die illegalen Migranten lieber in den reichen Norden ziehen und stecken sie in Züge, ohne sie zu registrieren. „Die Flüchtlinge verschwinden eben“, erklärte uns kürzlich ein Römer Diplomat charmant und gestenreich. Im Grunde ist es allen klar, aber niemand traut sich, es zu sagen: Was sich hier abspielt, ist ein großräumig angelegter Missbrauch unseres Asylrechts durch illegale Wirtschaftsflüchtlinge, ein behördlich geduldeter Rechtsbruch im großen Stil. Das Dubliner Flüchtlingsabkommen funktioniert nicht. In einem Europa der offenen Grenzen haben die überlasteten Italiener keinen Anreiz, die bürokratischen Vorgaben aus Brüssel umzusetzen. Ohnehin ist es eine Illusion, bei Hunderttausenden von hereinströmenden Migranten ordentliche Asylverfahren einzuleiten.
Die Absurdität zeigt sich bereits in den Bildern und Statistiken. Die Medien berichten von „Kriegsflüchtlingen aus Syrien“. Auf den Fernsehschirmen sehen wir hingegen Schiffe voller junger Schwarzer. Von Politikern wird uns eingeredet, man lasse nur Verfolgte aus dem Nahen Osten rein. Den aktuellen Zahlen entnehmen wir, dass die am schnellsten wachsende Asylantengruppe die Kosovaren sind.
Mitleidlos zeigt der Rechtsstaat seine Klauen gegen Verkehrssünder und Steuerbetrüger. Wenn es darum geht, die Außengrenzen abzuriegeln gegen illegale Einwanderer, ist die Toleranz fast grenzenlos. Asyl verdienen gemäß Uno-Definition nur Menschen, die unmittelbar an Leib und Leben bedroht sind, politisch durch den Staat Verfolgte. Selbst das liberale deutsche Asylrecht schreibt fest, dass Bürgerkriegsflüchtlinge, Armutsmigranten und Menschen in perspektivloser Situation kein Anrecht auf Asyl geltend machen können. Ein Asylrecht, das seinen eigenen Missbrauch toleriert, schafft sich ab.

Die Australier machen es richtig. Sie haben der illegalen Zuwanderung den Kampf angesagt. In einem Demonstrationsvideo verkündet ein uniformierter Offizier, dass man die gesetzwidrige Migration nicht dulden werde. Alle anlaufenden Schiffe werden von der Marine abgeblockt, auf Inseln abgeschoben, zum Teil in Partnerländer, denen die Australier dafür Geld bezahlen. Das ist nicht unmenschlich, sondern ein Gebot der Ethik: Wer dem moralischen Größenwahn erliegt, allen Armen Zuflucht zu gewähren, zerstört seine Lebensgrundlagen.

Unser modernes Asylrecht ist ein Produkt des Zweiten Weltkriegs. Es wurde geschaffen für einzelne spezifisch Verfolgte nach den von Deutschen, Russen, Chinesen und Türken verübten Völkermorden des letzten Jahrhunderts. Es wurde nicht gebaut als Einfallsschleuse für Menschenmassen, die dem wirtschaftlichen und politischen Elend ihrer Heimatländer aus verständlichen, aber eben nicht legalen Gründen entfliehen wollen. Unter dem Rechtstitel des Asyls werden bald Millionen Richtung Norden marschieren, wenn wir nicht die Kraft aufbringen, unsere Rechtsordnungen endlich durchzusetzen. Jeder Flüchtling, der es nach Europa geschafft hat, ruft mit seinem Handy Kollegen und Verwandte an, die ihm baldmöglichst folgen werden. Was ist zu tun?

Erstens: Man muss den Todeskanal übers Mittelmeer schließen. Die illegalen Zuwanderer sind sofort aufs afrikanische Festland zurückzuschaffen, die Schlepperboote umgehend zu zerstören. Man muss den Leuten unmissverständlich klarmachen, dass der Weg übers Mittelmeer die Investition nicht lohnt und dass die Menschenhändler Märchen erzählen, wenn sie ihre Kunden auf die Kähne locken. Niemand wird Tausende von Franken bezahlen für eine aussichtslose Überfahrt.

Zweitens: Die Europäer müssen die humanitären Infrastrukturen, wo nötig und sinnvoll, in den Krisenregionen ausbauen. Mobile Anlagen eignen sich am besten. In den Lagern finden die Verfolgten Schutz und Zuflucht. Sie können den Häschern entfliehen, die es auf sie abgesehen haben. Sie bleiben allerdings in ihren Herkunftsregionen, eingebettet in die vertraute Kultur. Sobald die Konflikte enden, können sie in ihre Heimat zurückkehren, um beim Wiederaufbau zu helfen. Das hat zudem den Vorteil, dass der Brain-Drain aus den ohnehin schon armen Staaten nicht noch asylpolitisch verschärft wird.

Drittens: Die Rettungslager sind im Umfeld der Konfliktherde zu bauen, nicht etwa an der nordafrikanischen Grenze. Man muss alles daran setzen, dass die echten Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimatstaaten geschützt werden und dort bleiben. Flüchtlingslager in Nordafrika würden nur weitere illegale Migranten aus Afrika anziehen und den Druck auf Europa konstant erhöhen.

Ziel muss sein: Rettung der wirklich Verfolgten vor Ort. Nicht Migration, Schutz ist das Wesen des Asylgedankens. Es braucht keine Flüchtlingstrecks über Tausende von Kilometern. Wenn die Uno in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, den Regionalmächten und, wenn es sein muss, auch mit dem Westen in den Krisenzonen die humanitären Infrastrukturen für die echt Verfolgten zur Verfügung stellt – in vielen Fällen gibt es sie schon – dann ist das Ziel erreicht [...]

Gute Absichten produzieren oft schlechte Ergebnisse. Der von Frankreichs Ex-Präsident Sarkozy mit Feuereifer betriebene Sturz seines früheren Freunds Gaddafi war ein großer Fehler. Natürlich war Gaddafi ein übler Diktator, aber zusammen mit Berlusconi hielt er das Mittelmeer wenigstens einigermaßen von Menschenhändlern frei. Nach dem Einsturz Nordafrikas stellen wir fest, dass es im Süden Europas nur noch eine große offene Grenze gibt. Die EU wird von ihrem außenpolitischen Leichtsinn eingeholt.

Nicht die Schlepper, nicht die Flüchtlinge, die europäischen Regierungen sind hauptsächlich schuld am Massensterben im Mittelmeer. Weil sie ihr Asylrecht nicht umsetzen, senden sie lockende, mitunter tödliche Signale aus. Die europäische Vollzugsmisere im Migrationsbereich produziert die Leichen im Mittelmeer, aber sie belohnt eben auch Hunderttausende von illegalen Armutsmigranten, von denen 80 bis 90 Prozent lebenslang in den europäischen Sozialsystemen landen.

Deshalb ist es nicht nur ein Gebot des Rechts, sondern auch der Ethik, die Gesetze endlich umzusetzen und den Todeskanal im Mittelmeer für die illegale Migration zu schließen. Indem wir die Südgrenze abriegeln, retten wir Leben.

Roger Köppel, „Moralische Pflicht“ (Editorial), Die Weltwoche, Nr. 17/2015 Vollständiger Text: www.weltwoche.ch/ausgaben/2015-17/editorial-moralische-pflicht-die-weltwoche-ausgabe-172015.html

Brain Drain bedeutet wörtlich „Abfluss von Gehirn“. Genaueres dazu im Modul „Ökonomische Aspekte der Zuwanderung von Flüchtlingen“ im Abschnitt III: Zuwanderung ist notwendig – aber wie?

Was ist zu tun? (Auszug)

Wie kann die Europäische Union ihrem Anspruch gerecht werden, Menschenrechte zu achten, Minderheiten zu schützen und solidarisch zu handeln?

Zunächst und vor allem darf die EU nicht weiter auf die Auslagerung der Flüchtlings- und Migrationskontrolle setzen. Zusammenarbeit beim Schutz von Flüchtlingen und Migrantinnen mit Nachbarstaaten der EU darf nur erfolgen, wenn diese die Menschenrechte der Schutzsuchenden achten. Flüchtlinge in Länder zurückschieben, in denen die GFK (Genfer Flüchtlingskonvention) nicht gilt oder missachtet wird, verletzt das Non-Refoulement-Gebot.

Innerhalb Europas muss eine gerechtere Verteilung der Aufnahme von Schutzsuchenden ausgehandelt werden; dabei sind die Bevölkerungszahl und die Stärke der Volkswirtschaft der EU-Mitgliedschaft einzubeziehen. Auf dem Weg in ein gemeinsames Schutzsystem müssen in allen EU-Staaten gleiche Standards eingefordert und umgesetzt werden. Das Dublin-II-Verfahren sollte mindestens so verändert werden, dass die Verteilung der Schutzsuchenden anderen Kriterien folgt. Familiäre, kulturelle oder sonstige Bindungen zu dem angestrebten Mitgliedstaat sind stärker zu berücksichtigen.

Weltweit leben etwa 800 000 Flüchtlinge ohne Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben in provisorischen Lagern. Das sind Menschen, die in absehbarer Zeit nicht in ihre Herkunftsregionen zurück können, die aber trotzdem dauerhaft in einer Art Übergangslösung verharren müssen. Hier kann die EU ein deutliches Zeichen im Sinne der humanitären Solidarität setzen und einen Neuanfang anbieten. Im Jahr 2010 hat die EU insgesamt 6000 Resettlementplätze angeboten. Aber die Entscheidung für ein reguläres europäisches Neuansiedlungsprogramm steht noch aus.

Mit Blick auf Menschen, die ihre Heimatländer auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen verlassen, sollte Migration als entwicklungspolitische Aufgabe wahrgenommen werden. Dem entspräche es, auf europäischer Ebene endlich legale Einwanderungsmöglichkeiten – unter Einhaltung menschenrechtlicher Standards zum Schutz vor Ausbeutung und Diskriminierung zu schaffen. Dies wären keine „gnädigen“ Angebote, sondern Chancen für Entwicklung der Zielländer. Denn Migrantinnen bringen innovative Ideen mit und tragen zu wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherung der sozialen Systeme bei. Sie wirken dem Trend der alternden Gesellschaften in Europa entgegen, befriedigen eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, beispielsweise im Gesundheitssektor oder in der Landwirtschaft. Nicht zuletzt sind sie eine kulturelle Bereicherung.

Sophia Wirsching, „Wertegemeinschaft Europa? Bewährungsprobe Flucht und Migration“, Arbeitshilfe zum Weitergeben, Nr. 1/2012. Der vollständige Artikel ist unter www.ahzw-online.de (Archiv) zugänglich.

Die Autorin Sophia Wirsching ist M.A. Politische Wissenschaften. Sie arbeitet als Beraterin für Migration und Entwicklung im Menschenrechtsreferat von Brot für die Welt

Genfer Flüchtlingskonvention: siehe Glossar

Non-Refoulement-Gebot: Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention enthält das Verbot, einen Flüchtling i.S. des Art.1 der Konvention „auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten auszuweisen oder zurückzuweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“

Der Text ist von 2012. Aktuelle Zahlen müssen recherchiert werden.

Arbeitsimpulse

- sich über die europäische Flüchtlingspolitik und die menschenrechtlichen Forderungen informieren, dabei aktuelle Zahlen und Fakten recherchieren
- über das Thema „Europa als Wertegemeinschaft“ im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingspolitik diskutieren, dazu Gäste aus den unterschiedlichen Parteien und Vertreter von Flüchtlingsorganisationen einladen
- im Zusammenhang mit dem Text „Was ist zu tun?“ Ideen für Lösungsansätze entwickeln und Probleme ihrer Umsetzung erörtern

Zusätzliche Materialien

- http://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/http://mediendienst
- http://mediendienst-integration.de/im-vergleich/europaeische-union.html
- Festung Europa. Die Schuld der EU-Grenzwächter. WDR Monitor. In: www.wdr.de/tv/monitor//sendungen/2013/1017/europa.php5